



„Was ist der Wald (uns) wert? Von steigenden Anforderungen und Grenzen der Leistungsfähigkeit“



KERNBOTSCHAFTEN des 3. Trierer Waldforums



zusammengefasst von Forstdirektor Gundolf Bartmann



Wahrnehmungen

- Die Verantwortung für den Wald ist tief im Bewusstsein und der Seele der Bevölkerung verankert.
- Einzelne Akteure/Gruppen nehmen „ihren“ Wald aber meist sehr einseitig und als selbstverständlich wahr.
- Die Werte des Waldes sind äußerst vielfältig, das gesamte Leistungsspektrum über Erholung, Freizeit, Gesundheit, Natur-, Wasser-, Klima- und Bodenschutz bis hin zur Holznutzung wird in steigendem Umfang nachgefragt.



Anforderungen steigen

- Die verstärkte Nachfrage und die erweiterten Nutzungsarten im Erholungs- und Freizeitsektor belasten die privaten und kommunalen Forstbetriebe (z.B. Wegeausweisung und -unterhaltung, Verkehrssicherung, Rücksicht bei Nutzungen, Waldbrandschutz).

- Die Anforderungen im Naturschutz (z.B. Flächenstilllegung, Rücksichtnahmen für den Artenschutz) steigen. Neue Wege sind denkbar: „Land nimmt Steillagen in kommunalen (privaten) Forstbetrieben in Vertrag zur Nutzung als Stilllegungsflächen und zahlt Ausgleich.
- Sich ausdehnende Infrastruktur und Bebauung im und am Wald.



Finanzierungsorgen

- Öffentliche wie private Waldbesitzer sind vor dem Hintergrund der „Non-Profit Leistungen“ des Waldes chronisch unterfinanziert, obwohl die Wertigkeit auch im Kontext internationaler Fragen (Klimawandel) ständig wächst.
- Die Kommunen sind zu freiwilligen, über die gesetzlichen Anforderungen hinausgehende Leistungen bereit. Dies führt aber zu erheblichen Mehrkosten und Mindereinnahmen.
- Es wird eine Belebung und Erhöhung der forstlichen Förderung und des Programms für standort- und strukturschwache kommunale Forstbetriebe gefordert.
- Es wird analog dem Wasserpfennig ein Waldpfennig gefordert, um Leistungen des Waldes und Projekte dauerhaft zu finanzieren.

- Der Vertragsnaturschutz im Wald muss entwickelt, finanziert und konsequent umgesetzt werden.



Neue Märkte

- Waldbesitzer und politische Entscheider müssen für den Wald die Zielsetzungen in der Leistungsbereitstellung klarer definieren und die Grenzen der „Sozialpflichtigkeit“ aufzeigen.
- In Bezug auf das Management der Leistungsansprüche an den Wald im urbanen Umfeld muss von einem Marktversagen gesprochen werden: Die Leistungsansprüche steigen, die Leistungsbereitschaft der Waldbesitzer folgt den Ansprüchen ohne aber Entgelte zu fordern.
- Den Waldbesitzern wird empfohlen im Sektor Ökologie und Erholung durch Leistungseinschränkungen einen Markt zu erzeugen.



Holzoffensiven

- Die ökologische und ökonomische Wertschöpfung des Holzes muss als Basis der Waldfinanzierung im Bewusstsein der Bevölkerung stärker verankert werden. Dabei kommt dem Nadelholz eine nach wie vor zentrale Bedeutung zu. Die Waldbestände sind so zu behandeln, dass die vorkommenden Baumarten Holzmerkmale entwickeln, die auch eine stoffliche Verwendung zulassen (geradschaftig, feinastig).
- Die stoffliche Verwendung des Holzes soll Vorrang haben, aber das Brennholz darf nicht verteufelt werden. Es ist ein wichtiges Bindeglied der Bevölkerung als Verbraucher zum Wald.
- Bei öffentlichen Aufträgen muss die Verwendung von Holz vor dem Hintergrund der Klimaziele neu bewertet und priorisiert werden.
- Die volkswirtschaftliche Wirkung der Holznutzung (z.B. auch für die Arbeitsplätze des Forst- Holz- und Papiersektors sowie im ländlichen Raum) muss verstärkt dargestellt werden.
- Der Klimawandel ist für den Wald eine Herausforderung und Bedrohung aber zugleich auch eine Marktchance z.B. um CO₂- intensive Rohstoffe zu ersetzen.
- Es muss verstärkt und effizient Holz in allen Waldbesitzarten mobilisiert werden.

- Bessere Rahmenbedingungen für die Holzvermarktung zum Beispiel durch Anpassung der Landesbauordnung müssen erfolgen.
- Die technologischen Möglichkeiten der Laubholzverwendung (insbesondere der Buche) sollen durch Forschung und Praxisversuche weiterentwickelt werden.
- Örtliche kleinere Sägewerke sollten erhalten werden, zur Förderung der regionalen Wertschöpfungskette.



Verantwortliche Organisation der Verwaltung

- Das Gemeinschaftsforstamt bleibt die ideale Organisationsform, um Gemeinsamkeiten und Gegensätze von Interessen unter ökonomischen, ökologischen und sozialen Gesichtspunkten zu bündeln.
- Staatliches Handeln und staatliche Verantwortung im Wald unter Respekt vor den Eigentümerzielen bleiben unverzichtbar. In Rheinland-Pfalz sollten künftig aber auch kommunale Gemeinschaftsforstämter realisiert werden.

- Chancengleichheit im Wettbewerb wird von privaten Forstsachverständigen im Dienstleistungsbereich gefordert.
- Die forstliche Hoheitsverwaltung muss in die Lage versetzt werden, Grenzen der Waldnutzung z.B. im Freizeitsektor aufzuzeigen und Verstöße gegen Rechtsvorschriften wirksam durchzusetzen.



Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und Zusammenarbeit

- Die naturnahe Waldwirtschaft, die die gesellschaftlichen Leistungen finanziert, bedeutet immer auch Holzeinschlag, Waldarbeit und Einsatz moderner Technik. Die Notwendigkeit dieser oft von Waldbesuchern als „Störungen“ empfundenen Aktivitäten ist offensiver zu vermitteln.
- Eine intensive, grenzüberschreitende Zusammenarbeit insbesondere in Projekten der forstlichen (EU-Leader) Förderung, der Holzverwendung und des Holzbaus mit Luxemburg erscheint möglich. Die Staatsregierung Luxemburg ist offen für eine Kooperation und Vernetzung im Forst- und Holzsektor.
- Wissenschaft, Praxis, Waldeigentümer, Sägewerke, Naturschützer und Politiker sollten in einer neuen Allianz für den Wald enger zusammenrücken, um wirksamen

Waldschutz zu vereinbaren, die Holznutzungen sinnvoll zu intensivieren und zu vermitteln als auch Nutzen und Lasten für die Forstbetriebe gerechter zu verteilen.



Trier, im April 2017

